

**PARLAMENTERISCHE INITIATIVE** von Claudio Zanetti (SVP, Zollikon) und Alfred Heer (SVP, Zürich)

betreffend Einreichung einer Standesinitiative auf Anpassung des Parlamentsressourcengesetzes (PRG) sowie der dazu gehörenden Ausführungsbestimmungen

---

Gestützt auf Art. 23 lit. d Kantonsverfassung reicht der Kanton Zürich folgende Standesinitiative ein:

Der Bund wird aufgefordert, das Bundesgesetz über Bezüge und Infrastruktur der Mitglieder der Eidgenössischen Räte und über die Beiträge an die Fraktionen (Parlamentsressourcengesetz, PRG) sowie die entsprechende Ausführungsverordnung der Bundesversammlung im Sinne der folgenden Zielsetzungen zu ändern:

1. Die finanziellen Bezüge und andere geldwerte Leistungen für die Mitglieder der Eidgenössischen Räte sind auf die Hälfte zu reduzieren.
2. Die finanziellen Bezüge und andere geldwerte Leistungen für die Mitglieder der Eidgenössischen Räte sind der Besteuerung zu unterstellen.
3. Bestimmungen über finanzielle Bezüge und andere geldwerte Leistungen für die Mitglieder der Eidgenössischen Räte dürfen dem Referendum nicht entzogen werden.

Claudio Zanetti  
Alfred Heer

Begründung:

Im Vergleich mit den Entschädigungen kantonaler Parlamentarierinnen und Parlamentarier erscheint die eidgenössische Regelung als viel zu grosszügig, um nicht zu sagen überrissen. Damit steigt der Druck auf die Kantone, ihre Regelungen anzupassen, was nicht im Interesse des Steuerzahlers liegt.

Mit dem Beschluss, einen neuen Lohnausweis einzuführen, haben die Eidgenössischen Räte gezeigt, dass ihnen an der Schliessung von so genannten Steuer-schlupflöcher gelegen ist. Im Interesse der Rechtsgleichheit werden sie es darum nicht an ihrer Bereitschaft fehlen lassen, für sich selbst die gleichen Regeln zur Anwendung kommen zu lassen.

Dem Steuerzahler darf das Recht nicht genommen werden, selbst darüber zu befinden, wie viel er für seine parlamentarische Vertretung zu zahlen bereit ist.